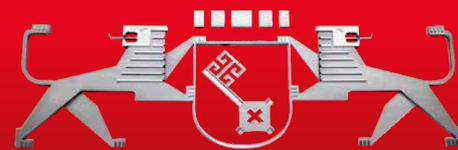


PARLAMENTSTICKER

AUS DEM LANDTAG | 13. OKTOBER 2022



ANTRAG BRIEFWAHL ERLEICHTERN – WAHLBETEILIGUNG ERHÖHEN!

„Wir sind der Überzeugung, dass eine starke demokratische Gesellschaft sich durch eine hohe Beteiligung an freien, gleichen und geheimen Wahlen auszeichnet“, sagte der SPD-Abgeordnete Kevin Lenkeit heute in der Bürgerschaft. Um diese Wahlbeteiligung zu steigern, hat die Bürgerschaft auf Initiative der SPD-Fraktion mit großer Mehrheit einen gemeinsamen Antrag der Regierungskoalition und der FDP beschlossen, der zum Ziel hat, die Zahl der Ausgabestellen für Briefwahlunterlagen zu erhöhen und die Möglichkeit zu schaffen, dort auch zu wählen. Die Möglichkeit, in Schulen zu wählen, soll nun vom Staatsgerichtshof geprüft werden.

„Unsere Demokratie ist ein Schatz, und wir sollten uns diese Tatsache viel öfter bewusst machen“, betonte Lenkeit und fügte an: „Je höher die Beteiligung an Wahlen ist, desto stärker ist auch die Legitimation. Leider haben wir aktuell bei den letzten Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und auch in Niedersachsen gesehen, dass dort wieder weniger Menschen von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht haben.“

In Bremen habe es im Jahr 2015 eine historisch niedrige Wahlbeteiligung von nur 50,2 Prozent gegeben, so der Sozialdemokrat weiter. „Bei der Wahl 2019 haben wir erfreulicherweise einen Anstieg verzeichnen können, aber darauf können und wollen wir uns nicht ausruhen!“



Kevin Lenkeit

Auffällig sei, dass in den vergangenen Jahren die Briefwahl kontinuierlich an Bedeutung gewonnen und gerade in Zeiten der Pandemie noch einmal einen zusätzlichen Schub erhalten habe, erläuterte Lenkeit. Und auch wenn er persönlich die Stimabgabe am Wahltag bevorzuge, müsse man die Realität anerkennen. „Wenn die Briefwahl für viele Menschen attraktiv ist, dann wollen wir Barrieren abbauen, um die Briefwahl zu stärken“, sagte er.

Lenkeit weiter: „Für Bürger:innen ist dabei das Angebot, die Wahlunterlagen auch bei persönlicher Abholung direkt auszufüllen, sehr attraktiv und fördert die Wahlbeteiligung. Bisher besteht diese Möglichkeit beim Wahlamt am Bremer Hauptbahnhof, im Stadthaus Vegesack in Bremen-Nord sowie im Bürgerbüro Nord und im ehemaligen Bürgerbüro Mitte in Bremerhaven. In einem ersten Schritt soll daher das bisherige Angebot zunächst auf alle fünf Stadtbezirke der Stadt Bremen ausgeweitet werden. Frühzeitig vor der Wahl müssen Bürger:innen, auch zu angemessenen

und attraktiven Zeiten, die Möglichkeit erhalten, wohnortnah vor Ort die Briefwahlunterlagen abzuholen und gleichzeitig auch auszufüllen und abzugeben. Im Stadtbezirk Ost wird aufgrund seiner Ausdehnung und Bevölkerungszahl die Einrichtung von zwei Briefwahlzentren zu prüfen sein. Als Wahlorte könnten in den genannten Regionen etwa die Ortsämter als Außenstellen des Wahlamtes genutzt werden, soweit diese barrierefrei und mit allen Verkehrsmitteln gut erreichbar sind. Für die erforderliche Sachausstattung und Bereitstellung von Personal soll rechtzeitig Sorge getragen werden. Da wollen wir und da werden wir, wenn nötig für eine finanzielle Flankendeckung sorgen.“

Und so appellierte Lenkeit abschließend an die anderen Abgeordneten: „Lassen Sie uns gemeinsam unsere Demokratie stärken und dafür Sorge tragen, dass die rechten Rattenfänger in Bremen nicht zweistellig werden, 4,X Prozent, gerne weniger, das wäre ein schönes demokratisches Statement!“

ANTRAG

SOLIDARITÄT MIT DER UKRAINE!

Die Bürgerschaft hat heute erneut ihre Solidarität mit der Ukraine bekräftigt und die menschen- und völkerrechtswidrigen Aggressionen durch Russland, wie sie etwa in Scheinreferenden und Annexionen in besetzten Gebieten, der Teilmobilmachung und den wiederholten Drohungen Russlands mit atomarer Gewalt zum Ausdruck kommen, klar verurteilt. In einem Antrag, den die CDU-Fraktion eingebracht hatte und dem das Parlament in großen Teilen – auch mit den Stimmen der rot-grünen Koalition – zustimmte, drückten die Abgeordneten zudem ihr Entsetzen über die mutmaßlichen Kriegsverbrechen der russischen Armee aus und betonten die Notwendigkeit, die Krisenfestigkeit und Widerstandsfähigkeit der öffentlichen Daseinsvorsorge zu verbessern.

„Das andauernde großes Leid der Menschen in der Ukraine ist uns bewusst, und wir halten es im Bewusstsein. Denn Inflation und Energiekrise sind wichtige Themen in unserem Land, sie wirken allerdings unbedeutend im Vergleich zu den Torturen, welche die Menschen in der Ukraine durchleben müssen“, sagte der SPD-Abgeordnete Kevin Lenkeit in seiner Rede und betonte: „Deutschland geht voran, sei es bei Waffenlieferungen, ziviler Hilfe und auch international, wenn es um die Verurteilung der russischen Aggressionen geht – auch



wenn dies, vor dem Hintergrund unserer bisherigen Osteuropapolitik für viele einen Dogmenwechsel bedeutet.“

Lenkeit thematisierte aber auch eine Entwicklung, die mitunter in Deutschland zu beobachten ist, und verurteilte diese scharf: „Es erfüllt uns mit Scham und Wut, wenn auf Demonstrationen in unserem Land unter dem Deckmantel der Besorgnis

vor den steigenden Energie- und Lebenspreisen ukrainiefeindliche, rechtsextremistische Parolen gerufen werden. Wenn dies dann auch noch unter wehenden Flaggen der Russischen Föderation geschieht, dann muss ganz klar gesagt werden: Das ist nicht die Mehrheitsmeinung, das ist nicht die Meinung der Menschen in Bremen und Bremerhaven. Im Gegenteil, es galt und es gilt: Slava Ukraini“

ANFRAGE GESUNDHEITSFÖRDERUNG UND PRÄVENTION IM LAND BREMEN

Zu den Strukturen und Angeboten der Gesundheitsförderung und -prävention im Land wollte die rot-grün-rote Koalition mehr erfahren. Deswegen hatte sie im Juli eine Große Anfrage an den Senat gerichtet. Heute nun wurde die Antwort der Landesregierung in der Bürgerschaft debattiert. „Die Vielfalt der Maßnahmen zeigt, dass es dem Senat sehr wichtig ist, die Gesundheit der Menschen in den Stadtteilen mit besonderen sozialen Herausforderungen zu fördern. Denn Prävention und Gesundheitsförderung sind zwei wichtige Bausteine, um eine gesundheitliche Chancengerechtigkeit in den unterschiedlichen Lebenswelten zu erreichen“, bilanzierte die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Ute Reimers-Bruns.

„Grundlage der Gesundheitspolitik im Land Bremen ist das Konzept der Health-in-all-policies der Weltgesundheitsorganisation WHO, das der Bremer Senat bereits seit 2018 verfolgt“, führte die Sozialdemokratin aus. „Der Ansatz bedeutet, dass Gesundheitspolitik nicht als ein isoliertes Politikfeld betrachtet wird, sondern Gesundheitspolitik in alle anderen Politikfelder hineinwirkt. Grundpfeiler sind hierbei die Prävention von Krankheiten und die Förderung der Gesundheit.“



Ute Reimers-Bruns

Als Beispiel für diese Verzahnung und Zusammenarbeit nannte Reimers-Bruns etwa die Gesundheitsfachkräfte, die seit Anfang 2021 für mehr Prävention und Gesundheitsförderung in 14 WiN-geförderten Stadtteilen im Land Bremen tätig seien und eng mit den

Quartiersmanager:innen und anderen Stadtteilakteur:innen zusammenarbeiteten. Zunächst als „Gesundheitslotsen“ im Zuge der Corona-Pandemie tätig, hätten sie ihren Schwerpunkt von überwiegend Corona-Beratung und Mitorganisation von Impfkampagnen zu umfassender präventiver und gesundheitsfördernder Information, Beratung und Unterstützung erweitert.

Das Gesundheitsressort arbeite hier eng mit dem Sozialressort zusammen – genauso, wie es zu einer ressortübergreifenden Zusammenarbeit mit dem Ressort für Kinder und Bildung bei den Gesundheitsfachkräften an Bremer Schulen komme. Dieses ehemalige Projekt der gesetzlichen Krankenversicherungen sei Ende Januar 2021 aus Haushaltsmitteln verstetigt worden und nun ein Regelangebot des Öffentlichen Gesundheitsdienstes – mit 13 Fachkräften, die aktuell an 16 Grundschulen in Bremen und in zwei Grundschulen in Bremerhaven tätig seien. Diese leisteten eine wertvolle Arbeit und erreichten nicht nur die Schüler:innen sondern auch deren Eltern, wie Reimers-Bruns betonte. „Für uns steht fest, dass dieser Bereich weiter verstetigt und noch ausgebaut werden muss“, sagte sie.

Dies seien aber nur zwei Beispiele für Maßnahmen, die im Land Bremen dem Abbau sozial bedingter, gesundheitlicher Ungleichheit dienen – und in der Antwort des Senats fänden sich noch eine Vielzahl weiterer Beispiele. Zentral sei dabei die Arbeit vor Ort. Reimers-Bruns: „Wir warten nicht, dass die Menschen zu uns kommen, sondern wir gehen aktiv in die Quartiere und arbeiten mit den Menschen vor Ort zusammen. Das ist der richtige Ansatz – und diesen Ansatz sollten wir weiter verstetigen und ausbauen.“

ANTRAG

HITZEAKTIONSPLAN FÜR BREMEN UND BREMERHAVEN

In welchen Schritten und unter Einbeziehung welcher Akteur:innen soll der für 2023 angekündigte Hitzeaktionsplan erarbeitet werden? Wer soll mit diesem Plan in besonderer Weise angesprochen werden und welche Konsequenzen ergeben sich dadurch für die Kommunikationsstrategie? Und die Pläne welcher anderen Städte erscheinen dem Senat als besonders geeignet und könnten zur Orientierung dienen? Das wollte die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Ute Reimers-Bruns, heute in der Fragestunde wissen.

„Die Schritte zur Erstellung des Hitzeaktionsplans erfolgen angelehnt an bundesweit etablierte Leitfäden“, antwortete Umweltstaatsrat Enno Nottelmann für den Senat. Bislang seien die Ressorts Umwelt, Soziales und Gesundheit, die Gesundheitsämter aus Bremen und Bremerhaven sowie die Senatskanzlei am Austausch beteiligt. „Dieser Kreis wird mit Beginn des Prozesses Anfang des Jahres 2023 erweitert, um alle relevanten Akteur:innen am Prozess zu beteiligen, darunter beispielsweise auch Ärztekammer, Träger sozialer Einrichtungen und Pflegedienste. Zudem wird die Entwicklung des Hitzeaktionsplans an den ressortübergreifenden Prozess der Fortschreibung der Klimaanpassungsstrategie für das Land und die beiden Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven gekoppelt. Der Plan wird voraussichtlich Ende 2023 vorgelegt“, so Nottelmann weiter.

Die Identifizierung von Bevölkerungsgruppen mit erhöhtem Risiko sei ein zentraler Baustein des Hitzeaktionsplans. Grundsätzlich besonders vulnerable Gruppen



gegenüber Hitze seien ältere Menschen und Pflegebedürftige, Menschen mit chronischen Vorerkrankungen, Schwangere und Säuglinge, Menschen, die körperlich im Freien arbeiteten, Menschen in schlecht isolierten Gemeinschaftsunterkünften, Wohnungslose sowie Kinder und Jugendliche. „Darüber hinaus sollen im Hitzeaktionsplan Quartiere identifiziert werden, in denen die Hitzebelastung besonders groß ist, beispielsweise aufgrund des Baubestandes oder fehlender Vegetation“, sagte Nottelmann.

Bei der Erstellung würden Ansätze und Erfahrungen anderer Kommunen ausgewertet, so Nottelmann weiter. Freiburg und

Mannheim beispielsweise hätten umfangreiche Pläne erarbeitet, Freiburg dabei vor allem Maßnahmen im stadtplanerischen Bereich entwickelt, Mannheim vor allem auf Kommunikationsmaßnahmen gesetzt. „Insgesamt gilt es, gemeinsam mit den relevanten Akteur:innen einen für Bremen und Bremerhaven maßgeschneiderten und ausgewogenen Hitzeaktionsplan zu entwickeln, der für alle wichtigen Handlungsfelder Maßnahmen beinhaltet“, sagte Nottelmann, der auf Reimers-Bruns Nachfrage angab, auch die Frage, in welchen Sprachen die Zielgruppen adressiert werden müssten, sei Teil des Prozesses – ebenso wie die Frage, wo zusätzliche Trinkbrunnen aufgestellt werden sollen.

ANFRAGE ZUKUNFT DES KLIMABILDUNGSZENTRUMS IN BREMERHAVEN

Was ist der derzeitige Umsetzungsstand des Projektes Klimabildungszentrum Bremerhaven? Wie ist die Nachfrage nach den verschiedenen Angeboten und Formaten? Und welche Priorität wird dem Projekt im Kontext des Klimawandels beigemessen und wie wird die Fortführung abgesichert? Das wollte die Bremerhavener SPD-Abgeordnete Janina Strelow heute in der Fragestunde wissen.



Janina Strelow

„Das Klimabildungszentrum ist ein Lernort für Lehrkräfte, der gemeinsam mit dem Klimahaus Bremerhaven nicht nur Kindern und Jugendlichen, sondern auch Lehrkräften, Kenntnisse und Qualifi-

kationen für die Förderung nachhaltiger Entwicklung vermitteln soll“, erklärte Enno Nottelmann, Staatsrat für Klimaschutz, für den Senat. „Seit Beginn der Projektlaufzeit wurden insgesamt vier Fortbildungsangebote, drei halbtägig, eines ganztägig, mit unterschiedlichen Schwerpunkten und Umfang der Methodenerprobung konzipiert, von denen jedes derzeit circa zweimal im Monat durchgeführt wird, außerhalb der Schulferien.“ Außerdem führe das Zentrum schulinterne Fortbildungen durch, die individuell an die Einrichtungen angepasst seien.

Die inhaltliche Resonanz auf das Vorhaben sei über alle Maßen positiv, betonte Nottelmann, die Teilnehmerzahlen lägen pandemiebedingt aber noch hinter den Erwartungen zurück. „Bis zum 21. September 2022 haben insgesamt 614 Bildungsschaffende an den Fortbildungen teilgenommen“, sagte der Staatsrat und

betonte die Bedeutung des Klimabildungszentrums. „Es hat sich im bisherigen Projektverlauf bestätigt, dass dem Faktor Bildung und damit auch und gerade den Lehrkräften bei der Bewältigung der Klimakrise eine besondere Bedeutung zukommt. Entsprechend hoch ist auch der bundesweite Prestigewert des Projekts. Es ist geplant, das Projekt budgetneutral in das Jahr 2023 zu verlängern. In einer Zusammenarbeit mit dem Land Niedersachsen und der Senatorin für Kinder und Bildung wird Potenzial für eine Finanzierung ab 2024 gesehen“, sagte er und betonte auf Nachfrage Strelows, der Senat sehe das Potenzial der Einrichtung. Im Abschlussbericht der Enquetekommission sei die Bedeutung von Bildung hervorgehoben worden, und es sei Aufgabe des Senats, dafür gute Lösungen zu finden. Wegen der bundesweiten Strahlkraft des Projektes gäbe es vielleicht auch eine Möglichkeit, für eine Förderung durch den Bund.

ANTRAG

ZUKUNFT DES DATENANALYSENETZWERKS DER POLIZEI

Hat sich die Bild- und Video-Auswertungs-umgebung SIDAN – Sicheres Daten Analyse Netzwerk – bei der Polizei Bremen bewährt? Soll es auch über das Jahr 2022 hinaus genutzt werden? Und welche Kosten entstehen durch die weitere Nutzung oder aber durch die Nutzung eines Alternativsystems? Das wollte der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Kevin Lenkeit, heute in der Fragestunde wissen.

„Die Bild- und Video-Auswertungs-umgebung SIDAN, Sicheres Daten Analyse Netzwerk, wird für Ermittlungszwecke erfolgreich verwendet. und hat sich im Zusammenhang mit polizeilichen Sonderlagen wie kürzlich an einem Gymnasium in Bremerhaven bewährt. Die von den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung gestellten di-

gitalen Bilder und Videos werden in einer vom Bundeskriminalamt zur Verfügung gestellten sicheren Auswertungs-umgebung zunächst auf Viren untersucht und sodann ausgewertet“, antwortete Innenstaatsrat Olaf Bull für den Senat und erklärte, das System solle auch über das Jahr 2022 hinaus genutzt werden. Bull: „Durch die bedienerefreundliche und umfangreiche Oberfläche sowie die Verfügbarkeit auf jedem Polizei-PC ohne separate IT-Infrastruktur stellt die Software aktuell im Bereich der unmittelbaren Bild- und Videoauswertung den neuesten Stand der Technik dar.“ Er betonte zudem, dass ohne dieses System eine Implementierung sogenannter „Schmutzdaten“ in die polizeiliche Infrastruktur nicht möglich wäre.

Die Kosten betragen für Bremen 250.000 Euro im Jahr, gab Bull an. Für Lenkeits Nachfrage nach der Wirtschaftlichkeit zeigte er Verständnis, betonte aber: „Es ist im Prinzip eine sehr teure Versicherung für einen sehr unwahrscheinlichen Anschlagsfall. Diese Versicherung wollen wir aber auch weiterhin nutzen.“ Um die Wirtschaftlichkeit zu verbessern, solle es auch in anderen Anwendungsfeldern zum Einsatz kommen – etwa im Bereich Hass und Hetze im Netz und im Bereich Kinderpornographie. Kosten alternativer Systeme konnte Bull auf Nachfrage von Lenkeit nicht nennen. Bull: „SIDAN ist das beste System – und genau dies wollen wir auch nutzen.“

ANFRAGE

MEHR HAUSARZTPATIENT:INNEN IN NOTAUFNAHMEN?

Welche Kenntnis hat der Senat über steigende Patient:innenzahlen in den Notaufnahmen der Krankenhäuser im Land Bremen, die mit hausärztlichen Anliegen vorstellig werden? Welche Gründe sieht der Senat dafür und könnte eine Unterversorgung mit Hausärzt:innen zur Lage beitragen? Und welche Möglichkeiten sieht der Senat, gemeinsam mit den Krankenhäusern und der kassenärztlichen Vereinigung diesen Problemlagen entgegenzuwirken? Das wollte die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Ute-Reimers Bruns, heute in der Fragestunde wissen.

„Dem Senat liegen keine Erkenntnisse vor, dass die Anzahl von Patient:innen in den Notaufnahmen der Krankenhäuser des Landes Bremen mit einem hausärztlichen Anliegen zugenommen hat“, erklärte der Senat in seiner schriftlichen Antwort. „Weder aus den vorliegenden Abrech-

nungsdaten der Krankenhäuser noch aus den Informationen des Rettungsdienstes kann eine Zunahme von Patient:innen mit hausärztlichen Anliegen in Notaufnahmen der Krankenhäuser abgeleitet werden. Auch der Landeskrankenhausgesellschaft, HBKG, liegen dazu keine Erkenntnisse vor. Die Kassenärztliche Vereinigung Bremen, KV Bremen, hat auf Anfrage mitgeteilt, dass es bei der vertragsärztlichen Hausarztversorgung keine wesentlichen Veränderungen in der Verfügbarkeit von Versorgungsangeboten in der mittelfristig zurückliegenden Zeit gegeben hat. Zahlen, die einen Anstieg der Patient:innenzahlen in den Notaufnahmen darstellen oder belegen, liegen der KV Bremen nicht vor.“

Da ein Anstieg der Patientenzahlen auf Basis der vorliegenden Informationen nicht erkennbar sei, könnten auch keine Gründe dafür genannt werden, schreibt der

Senat weiter, betont aber: „Unabhängig davon, dass dem Senat zu der konkreten Fragestellung keine Problemlage bekannt ist, wird bei der Notfallversorgung Reformbedarf gesehen. Die Bundesregierung hat zur Reform der Krankenhausversorgung eine Regierungskommission eingesetzt, die derzeit unter anderem an konkreten Vorschlägen zur Reform der Notfallversorgung arbeitet. Aufgrund der weitgehenden Gesetzgebungskompetenz des Bundes bei der ambulanten ärztlichen Versorgung sowie insbesondere den Krankenhausentgelten obliegt es vorrangig dem Bundesgesetzgeber, in Abstimmung mit den Ländern, strukturelle Maßnahmen zur Verbesserung der Notfallversorgung zu ergreifen. Das Bundesland Bremen bringt sich im laufenden und zukünftigen Verfahren zur Reform der Notfallversorgung im Rahmen seiner Möglichkeiten auf Bundesebene ein.“

SPD-Bürgerschaftsfraktion Wachtstraße 27/29
Land Bremen 28195 Bremen

T. 0421.336770 / **F.** 0421.3367754
spd-fraktion@spd-bremen.de

V.i.S.d.P.:
Andreas Reißig

Redaktion:
Matthias Lüdecke, Anja Wichitill,
Lennart Wille